
Teil 19– 2023

Palermo, 26. Oktober 2023

borderline-europe, Sizilien

SCIROCCO

Kurzinfo aus Italien



Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinfo erscheint seit März 2021 in einem ca. zweiwöchentlichen Rhythmus.

Politische und soziale Situation

Seit ihrem Amtsantritt hat die Regierung unter Giorgia Meloni zahlreiche Neuerungen im Bereich der [administrativen Inhaftierung von Migrant*innen](#) eingeführt, wie die erhebliche Aufstockung der Mittel für den Ausbau von Abschiebehafazentren (CPR) und die Erhöhung der maximalen Aufenthaltsdauer inhaftierter Migrant*innen und Geflüchteter. Dies sind nur einige Beispiele von Maßnahmen, die eine deutliche politische Richtung erkennen lassen, nämlich **nicht in die Aufnahme, sondern in die Ausgrenzung Schutzsuchender zu investieren**. Diese Entscheidungen haben primär negative Folgen für Migrant*innen selbst, bergen aber gleichzeitig erhebliche wirtschaftliche Belastungen sowie das sozialpolitische Risiko, **Marginalität und soziales Unbehagen** zu verstärken.

Die Universität Bari hat diesbezüglich gemeinsam mit ActionAid einen [Bericht zur Situation italienischer Abschiebehafazentren \(CPR\) zwischen 2014 und 2021](#) veröffentlicht. Laut diesem Bericht waren 50% der inhaftierten Migrant*innen und Geflüchteten zwischen 2018 und 2021 tunesische Staatsbürger*innen. Sie seien ebenfalls von 70% der Abschiebungen betroffen. Da Tunesier*innen allerdings nur rund 18% aller ankommenden Personen in Italien darstellen, schließen die Autor*innen darauf, dass die CPR vor allem als **Instrument zur beschleunigten Rückführung von Tunesier*innen** benutzt werden. Zudem zeige sich, dass innerhalb dieser Zentren **systematisch die Rechte von Migrant*innen** verletzt werden. Im Gegensatz zu herkömmlichen Gefängnissen, in denen die Wiedereingliederung in die Gesellschaft das Hauptziel sei, werde in den CPR [weder eine Arbeit noch eine Ausbildung](#) der Inhaftierten initiiert und keine Freizeitaktivitäten angeboten. Zusätzlich erschien am 25. Oktober der Bericht [„Al di là di quella porta“](#) (Jenseits dieser Tür) der Organisationen „Mai più lager – No ai CPR“ und „NAGA“ zur Abschiebehafazentrale Mailand. Ein Jahr lang (von Mai 2022-Mai 2023) wurden Daten, Zeugenaussagen, Recherchen, medizinische

Aufzeichnungen, Akteneinsichten, allgemeiner Zugang der Bürger, Inspektionen und Nachrichten an die spezielle Telefonzentrale ("SOS CPR") genutzt, um Einblicke in die Vorgänge in der Abschiebehafazentrale zu gewinnen. Der Bericht beschreibt die Verletzung der (Menschen-) Rechte und der Würde derer, die dort festgehalten werden.

Die italienische Zeitung [Domani](#) hat indessen die geheimen Pläne für die geplanten neun Abschiebehafazentren der Regierung vorgestellt. Diese sollen in Form eines Kreises in der Art eines Panopticon-Modells gebaut werden. Innen liegen die Haftzellen, die extra gesichert werden sollen, außen herum die Behörden, die medizinische Station und Leitungsbüros. Ein teures Hochsicherheitsgefängnis für 120-300 Menschen, die keine Straftaten begangen haben. Mit einer Fertigstellung wird in zwei Jahren (!) gerechnet.



Foto: [NAGA](#)

Inhaftierungen durch Piantedosi-Dekret unzulässig

In einem Urteil ist das [Gericht in Catania](#) dem Urteil der Kammer unter der Richterin Iolanda Apostolico gefolgt (siehe [Ausgabe 18/2023](#) dieses Newsletters) und hat die **Freilassung von sechs Migrant*innen** angeordnet, die im Haftzentrum für Asylsuchende in Modica-Pozzallo inhaftiert sind. Auch die Anwältin [Emanuela Rosa Lo Faro](#) reichte einen entsprechenden Eilantrag auf die Freilassung ihrer tunesischen Mandanten ein. Die Inhaftierung dieser Personen im Rahmen des Piantedosi-Dekrets verstößt insbesondere gegen den Artikel 8 der europäischen Richtlinie 2013/33/EU, nach dem eine Haftstrafe nur nach einer Einzelfallprüfung und als letztes Mittel angeordnet werden darf, wie es im Urteil von Apostolico heißt. Laut [Richter*innen in](#)

[Potenza und Catania](#) kam es in Anschluss an dieses Urteil nicht zu weiteren Inhaftierungen von Migrant*innen. Stattdessen wissen wir von **fünf Fällen, in denen Richter*innen die Anwendung des Piantedosi-Dekrets der Regierung unter Giorgia Meloni zur Inhaftierung Schutzsuchender abgelehnt haben**. In Potenza hat der Richter Filippo Palumbo den Beschluss des Polizeipräsidenten von Forlì, einen tunesischen Asylantragsteller im CPR von Palazzo San Gervasio (Potenza) festzuhalten, nicht bestätigt, während in Catania der Richter Rosario Cuprì die Inhaftierung von fünf Migrant*innen in Pozzallo, die vom Polizeipräsidenten von Ragusa angeordnet wurde, ebenfalls nicht bestätigt hat.

Derzeit sind die **84 Plätze im CPR von Pozzallo wohl kaum belegt**. Grund dafür scheint aber nicht die oben genannte Rechtsprechung zu sein, sondern [mangelnde Ressourcen, Verwaltung und Personal](#) des Abschiebehafenzentrums.



Foto: Meltingpot, Hotspot Pozzallo

Weiteres Urteil des EGMR zugunsten Geflüchteter

Der [Europäische Gerichtshof für Menschenrechte \(EGMR\)](#) hat im Fall von drei Tunesiern, die sich von 2017 bis 2019 im Aufnahmezentrum auf Lampedusa befunden hatten, festgestellt, dass die drei Personen unmenschlicher und erniedrigender Behandlung ausgesetzt waren. Außerdem wurde eine Verletzung von Art. 5 EMRK festgestellt. Das Gericht urteilte, **dass den Personen willkürlich die Freiheit entzogen wurde, sie nicht über die Gründe ihrer Inhaftierung informiert wurden** und nicht die Möglichkeit hatten, rechtlich dagegen vorzugehen. Als Folge muss Italien nun pro Person eine Entschädigung von 9.000 Euro bezahlen. Das ist nicht die erste Entscheidung des EGMR zugunsten

geflüchteter Personen in Italien. Erst im August wurde der italienische Staat vom EGMR aufgrund des unangemessenen Schutzes eines minderjährigen Mädchens verurteilt (wir berichteten [hier](#)).

Geldstrafen wegen rassistischer Propaganda

Das Gericht von Catania hat fünf Personen wegen der **Propaganda und Anstiftung zu Straftaten aus rassistischen, ethnischen, religiösen Gründen verurteilt**. Es wurden Geldstrafen zwischen 667 und 2.000 Euro ausgesprochen. Das Urteil bezieht sich auf ein [über Facebook geteiltes Video](#), in dem die Verurteilten die Anwesenheit von Migrant*innen in einem Stadtteil in Catania kommentiert hatten.

Neuer Haushaltsplan der italienischen Regierung

Im Rahmen des neuen Haushalts für 2024-2026 hat die italienische Regierung eine **jährliche Gebühr für die Inanspruchnahme des nationalen Gesundheitsdiensts durch Drittstaatsangehörige** (Nicht-EU-Ausländer*innen) beschlossen. Diese Gebühr wurde auf **2.000 Euro** festgelegt. Wer konkret von diesen Gebühren betroffen sein wird, ist allerdings noch **unklar**, ebenso welche Personengruppen eine bisher nicht genannte Ermäßigung erhalten. Die Regierung scheint derzeit das Recht auf Gesundheit und Asyl käuflich zu machen. Erst vor kurzen wurde beschlossen, dass Asylsuchende aus vermeintlich „sicheren Drittstaaten“ ein beschleunigtes Grenzverfahren in Haft durchlaufen müssen oder sich alternativ mit einer Kautions von 5.000 Euro „freikaufen“ können (vgl. [diese Ausgabe](#) des Sciroccos).

Europäische Politik

In diesem Jahr berichteten wir immer wieder über das zuletzt stark umstrittene Abkommen zwischen der EU und Tunesien, welches die „Zusammenarbeit bei der Steuerung der Migrationsströme“, d.h. die Externalisierung europäischer Grenzen auf den nordafrikanischen Kontinent zur Abschottung der EU, im Gegenzug zur wirtschaftlichen Stabilisierung Tunesiens zum Ziel hatte (siehe vorherige Ausgaben dieses Newsletters). Nun hat Tunesien **60 Millionen Euro früher erhaltener Finanzhilfen an die EU zurückgezahlt**. Der tunesische Präsident [Kais Saied](#) erklärte diese Entscheidung damit, dass die EU das Land vor vollendete Tatsachen stelle und man nur

zu einer Zusammenarbeit bereit sei, wenn ihnen Gleichheit und Respekt entgegengebracht werde. An diesem Respekt mangelt es allerdings auch der Regierung unter Saied: Nach Angaben der Organisation [Human Rights Watch](#) hat die tunesische Nationalgarde allein an zwei Tagen im September über **100 Migrant*innen aus verschiedenen afrikanischen Ländern kollektiv über die Grenze zu Algerien abgeschoben**, darunter auch Kinder. Zudem kommt es in Tunesien immer wieder zu gewaltvollen Übergriffen an Schwarzen Migrant*innen, die durch die rassistischen Reden der Regierung verstärkt werden.

Nach einem Vorschlag der [EU-Kommission](#) sollen EU-Mitgliedsstaaten zukünftig die Befugnis haben, eine „Person die als Bedrohung für die öffentliche Sicherheit betrachtet wird und eine Abschiebungsanordnung erhalten hat“, zur Ausreise zu zwingen. Das sei Teil des neuen EU-Pakets zu Asyl und Migration. Derzeit können diese Personen lediglich dazu aufgefordert werden, freiwillig auszureisen.

Schengener Abkommen zunehmend ausgesetzt

Italien hat die [Anwendung des Schengener Abkommens](#) an der Grenze zwischen Italien und Slowenien ausgesetzt. Damit werden nun wieder Grenzkontrollen zwischen den beiden Ländern eingeführt. Begründet wurde dies (wie bekannt) mit der „Bekämpfung irregulärer Migration, nationaler Sicherheit und Terrorismusgefahr“. Auch die deutsche Innenministerin [Nancy Faeser \(SPD\)](#) kündigte Mitte Oktober an, dass Deutschland an den Grenzen zur Tschechische Republik, Polen und der Schweiz vorübergehend wieder physische Kontrollen einführen wird, zwischen Österreich und Deutschland ist dies bereits seit Jahren der Fall. Auf dem Treffen der europäischen Innenminister*innen in Luxemburg wurde deutlich, dass das **Schengen-Abkommen zur Regelung der Freizügigkeit auf dem Kontinent derzeit in Frage steht**, auch wenn Italien für die Aussetzung des Schengener Abkommens [kritisiert](#) wurde.

Situation der Geflüchteten

In einer Rede zur allgemeinen Situation der Migration in Italien hat der italienische Innenminister [Matteo Piantedosi](#) angekündigt, die EU um eine

finanzielle Unterstützung beim Bau der neuen Abschiebehafenzentren „CPR“ (centro per il rimpatrio) zu unterstützen, da es sich um Einrichtungen handle, die „der gesamten Union zugutekommen“ würden. Gegen das Vorhaben, neue Abschiebehafenzentren zu bauen, wurde in den vergangenen Wochen in vielen italienischen Städten demonstriert. Auf den [Transparenten protestierender Migrant*innen in Bologna](#) stehen die Forderungen nach Freiheit und Hilfe für diejenigen, die in Italien ankommen. „**Wir wollen unsere Rechte, wir wollen Dokumente**“, sagt einer von ihnen, als er das Wort ergreift. Dann ein Einblick in die Zustände des Notfall-Unterbringungszentrums (CAS) in der via Mattei und anderen Aufnahmeeinrichtungen. "Wir leben - so sagen sie – hier mit 800 Menschen, obwohl hier nur 250 Menschen Platz finden. Es ist wie im Gefängnis, aber wir haben nichts falsch gemacht". In Bolzano haben ebenfalls tausend Menschen an der Kundgebung „[No ai CPR](#)“ teilgenommen. Die Demonstrant*innen erklärten, dass **Abschiebezentren ein schwarzes Loch seien, in dem sämtliche Rechte aufgehoben würden**. Sie machen darauf aufmerksam, dass sich hinter diesen Mauern wiederholte Missbräuche verbergen, welche die Menschen zu täglichen Selbstverletzungen und Suizidversuchen treiben.



Foto: RiVolti ai Balcani

Prekäre Ankunftsbedingungen in Italien

Eine Umfrage des [International Rescue Committee \(IRC\)](#) zeigt, dass Migrant*innen, die in Italien ankommen, mit extremen Herausforderungen konfrontiert sind. Die Umfrage ergab, dass fast die Hälfte der Befragten nicht über ihre rechtliche Situation in Italien informiert war, während 29% nicht

genug zu essen bekamen. Die hohe Inflation erschwere es, selbst Grundbedürfnisse wie ausreichend Nahrung zu decken.

In [Salerno](#) sind 258 Migrant*innen mit dem zivilen Seenotrettungsschiff GeoBarents angekommen. Durch die Anwendung des Piantedosi-Dekrets, welches die Asylverfahren für Menschen aus „sicheren Drittländern“ beschleunigt, erhielten 60 von ihnen, die aus Ägypten und Bangladesch stammen, **innerhalb weniger Stunden eine Abschiebungsverfügung**. Ähnliches erfuhren Schutzsuchende aus Syrien die keinen Asylantrag gestellt hatten, weil sie beabsichtigten, in andere europäische Länder weiter zu reisen und befürchteten, dies aufgrund des Dublin-Abkommens nicht tun zu können. Alle wurden per Abschiebungsverfügung auf die Straße gesetzt.

Miserable Zustände in Aufnahmeeinrichtungen

In einer [Unterkunft in Romano di Lombardia](#) wurden mehr als 60 Asylsuchende in ein Krankenhaus eingeliefert, weil sie **Symptome einer Lebensmittelvergiftung** zeigten. Die Feuerwehr erklärte die Unterkunft daraufhin als „ungeeignet“. Nach einer Inspektion durch den Bürgermeister, den Präfekten und der Feuerwehr kehrten am Abend fast alle Bewohner*innen zurück. Bereits zwei Monate zuvor kritisierte der Bürgermeister der Stadt die Unterkunft als gefängnisähnlich und machte darauf aufmerksam, dass sie nicht einmal über Küche und einen Speisesaal verfüge, sodass die Mahlzeiten in den Betten eingenommen werden müssten.

In einer anderen [Einrichtung in Rosolini](#), in der sich zurzeit 210 Migrant*innen aufhalten, **verschlechtern sich die hygienischen und sanitären Bedingungen täglich**. So funktionierten von den 12 zur Verfügung gestellten Bädern nur noch die Hälfte und es gäbe keine ausreichende Wifi-Verbindung, sodass die Bewohner*innen in die Stadt gehen müssen, um mit ihren Familien zu kommunizieren.

In [Rom](#) wurde ein unbegleiteter geflüchteter Minderjähriger **über zehn Tage in Sicherheitszellen zwei verschiedener Polizeipräsidien inhaftiert**, weil es keinen Platz in einer Aufnahmeeinrichtung für Minderjährige gab. Diese Praktik ist schärfstens zu verurteilen.

Auch in [Trieste in Norditalien](#) ist die Aufnahmesituation besorgniserregend. Aufgrund enormer Schwierigkeiten bei der Unterbringung der rund 40 ankommenden Menschen pro Tag, landen diese unweigerlich in **Notunterkünften** oder müssen wegen begrenzter Schlafplätze in der Nähe des Platzes Piazza Libertà im Freien übernachten. Organisationen und Gemeinschaften machen seit Monaten auf diese Situation aufmerksam (siehe [vorherige Ausgaben](#) dieses Newsletters).

Die Bewohner*innen eines [CAS in Cronaca bei Bologna](#) haben einen **Protest** gegen die Wohnbedingungen in der Unterkunft veranstaltet, die sie als Gefängnis bezeichnen: „**È come stare in un prigione**“ (dt. „Es ist wie in einem Gefängnis untergebracht zu sein“). Das CAS ist seit Monaten überbelegt, viele Menschen schlafen in Zelten außerhalb der Unterkunft und werden nicht mit Kleidung versorgt. Berichten zufolge müssen sie Stunden auf ihr Essen warten.



Foto: RiVolti ai Balcani

Ein [Report von ASGI](#), der italienischen Anwalt*innenvereinigung für Studien zur Migration, weist auf die **unzumutbaren Zustände des Erstaufnahmelagers von Crotona** in Sant'Anna hin: Dort werden laut ASGI unbegleitete ausländische Minderjährigen unrechtmäßig inhaftiert und unfaire Verteilungsfahren durchgeführt. Zudem fungiere die Einrichtung als Hotspot, obwohl sie formell als Aufnahmezentrum ausgewiesen ist und verstoße gegen zahlreiche Rechte, wie bspw. durch den Entzug der persönlichen Freiheit, einen Mangel an rechtlichen Informationen sowie die Erstellung von ethnischen Profilen („racial profiling“) bei Abschiebungsanordnungen. Wie der Bericht zeigt,

führt der Hotspot-Ansatz in Verbindung mit einer Notfallpolitik im Bereich Migration und Asyl zu einer **besorgniserregenden Deregulierung der Grenzverfahren und zu einem Vakuum hinsichtlich der Rechte von Migrant*innen und Geflüchteten.**

Am 30. September jährte sich der Tod von Omar Baldeh, Ousman Diallo und anderen Opfern, die aufgrund der Folgen von **Ausbeutung von Land und Menschen in ländlichen Gebieten gestorben sind.** An diesem Tag fand eine Demonstration im Ort statt, bei der verschiedene Solidaritätsnetzwerke von Palermo bis Campobello teilnahmen.

In einem [offenen Brief](#) fordert das Arci Porco Rosso zusammen mit anderen Organisationen ein dringendes Treffen mit den örtlichen Behörden, den Vertreter*innen der Gemeinde und den Saisonarbeiter*innen von Campobello di Mazara (über die Situation vor Ort haben wir bereits in unserem [Streiflicht](#) berichtet). Trotz des bevorstehenden Beginns der Olivenernte sei nichts unternommen worden, um die erforderliche Unterkunft für die saisonalen Arbeiter bereitzustellen. Die [Lage verschärfte sich weiter](#), als die Personen, die zuvor im ehemaligen Zementwerk untergebracht waren, erneut vertrieben wurden.

Tunesisches Tagebuch

Im tunesischen Tagebuch berichtet unsere Freiwillige Ludovica vor Ort von den Lebensrealitäten von Migrant*innen in Tunesien. Der [vierte Teil](#) erzählt die Geschichte von Herrn Waffo, der seine Frau und seinen Sohn beim Versuch der Überquerung des Mittelmeers verlor. Die Autorin berichtet, welche Schwierigkeiten Herr Waffo bei der Identifizierung und Bestattung seiner Familie hatte und wie Migrant*innen von tunesischen Behörden und internationalen Organisationen im Stich gelassen werden.

Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie unter „Projekte“ auf unserer [Homepage](#), in den vorherigen Ausgaben des [Scirocco](#) sowie in unserem [Streiflicht](#) „Zonen der Rechtlosigkeit“.

Kontakt

[borderline-europe](#)

Menschenrechte ohne Grenzen e.V.

<https://www.borderline-europe.de/>

italia@borderline-europe.de

Der Scirocco erscheint im Jahr 2023 mit freundlicher Unterstützung der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKIR) und den Förderverein Pro Asyl.

Titelfoto: Wolfgang Hasselmann, unplash

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.